

BLICKPUNKT

Kommunales Mitteilungsblatt der DKP Heidenheim
V.i.S.d.P DKP Heidenheim R. Püschel

BLICKPUNKT Nr. 07

Oktober 2004

Jahrgang 33

Gemeinderäte verpflichtet DKP Stadträte von Ausschussmitarbeit ausgegrenzt

Auch die DKP Stadträte Püschel und Huber wurden von OB Ilg per Handschlag verpflichtet, sich für die Stadt und seine Bürgerinnen und Bürger uneigennützig einzusetzen.

OB Bernhard Ilg hob in seiner Eingangsbeobachtung hervor, dass er das Hauptorgan Gemeinderat als ein Kollegialorgan verstehe. Kreative und unkonventionelle Impulse brauche der Rat, da eine Verlagerung der

Aufgaben ohne die dazu notwendigen finanziellen Mittel zu erhalten, durchgeführt werde.

Seine Kernsätze zur Zusammenarbeit, gemessen an den Taten, platzten jedoch sehr schnell.

So kollegial, wie sich OB Ilg sein Hauptorgan Gemeinderat wünscht, so unkollegial war sein Verhalten und das der übrigen Räte. Als es darum ging, die DKP Stadträte zur Mitarbeit in die beschließenden Ausschüsse einzubinden, war es aus mit der Kollegialität. Fest gemauert stand die Front der Kollegen des Kollegialorgans, von Mit-

arbeit in den Ausschüssen war nicht mehr die Rede. Die politischen Eigeninteressen summier-



DKP Stadträte Reinhard Püschel u. Ulrich Huber

ten sich in einer großen Koalition gegen die zwei DKP-Mitglieder. Sozialdemokraten, Grüne und CDU in einer Front. Der DKP-Antrag, die Zahl der Sitze in den beschließenden Ausschüssen um einen Platz anzuheben, um den DKP Stadträten die Ausschussmitarbeit zu gewähren, wurde abgelehnt.

Nicht kollegial einbeziehen, geschlossen ausgrenzen war die Devise. OB Ilg und seine Ratsherren aller Fraktionen verschanzten sich hinter ihrem Fraktionsstatus. Es sei doch demokra-

tisch in der Geschäftsordnung geregelt, dass eben die Fraktionen das Sagen haben. So verschafften sie sich für ihren Ausgrenzungsbeschluss ihre politische Legitimation.

Das von der Presse der Öffentlichkeit vorenthaltene Co-Referat des weiteren Stellvertreters von OB Ilg, Herrn Lehmann (CDU), der den neu gewählten Gemeinderäten Verhaltensregeln für die Arbeit im Gemeinderat an die Hand geben wollte, musste als ein peinliche kleinbürgerliche Provinzposse verstanden werden.



Mieterversammlung „Klein Zürich“

Überfüllt war die Mieterversammlung, die von den DKP Stadträten Püschel und Huber für die Mieter von „Klein Zürich“ durchgeführt wurde.

Ziel war, hautnah und kompetent ein Stimmungsbild über die Sorgen und Nöte der von Wohnungskündigungen bedrohten Mietern zu erfahren.

„Klein Zürich“, so DKP-Stadtrat Huber, sei nach 50 Jahren von der GBH als ein Objekt der „Begierde“ ausgewählt worden. um Spekulationserträge zu organisieren. Es sei, so die GBH, nicht mehr möglich, die Objekte wirtschaftlich zu verwerten. Nicht die Mieter haben eine solche Situation zu vertreten, sondern der Vermieter, der eine kontinuierliche Substanzwahrung und Modernisierung über Jahrzehnte vernachlässigt hat. Kein privater Heidenheimer Häuslesbauer, so DKP-Stadtrat Püschel, habe seine Immobilie in 50 Jahre so verkommen lassen wie die GBH. Über Jahr-

zehnte habe jeder private Hausbesitzer seine Immobilie saniert



und modernisiert. Das muss auch von einer GBH erwartet werden. Deshalb kein Abriss sondern Sanierung.

Die Mieter sind zornig und empört. Aber auch niedergeschlagen und hoffnungslos. Insbesondere ältere Mieter, die als junge Ehepaare vor 50 Jahren eingezogen sind, verstehen die Welt nicht, dass ihnen jetzt im 70. bis 80. Lebensjahr der Rausschmiss droht. Schmuckstücke von Wohnungen, über Jahrzehnte auf eigene Rechnung kontinuierlich

modernisiert, mit sanitären Verbesserungen ausgestattet und mit Einbaumöbel verschönert, das alles soll der Abrissbirne zum Opfer fallen. Es ist unfassbar, mit welcher Arroganz und sozialer Inkompetenz die GBH in diesem Mietwohngebiet handelt.

Die Mieterversammlung war sicherlich ein Beitrag zur gegenseitigen Hilfe und Unterstützung. Sie machte Mut, mehr zu tun gegen die

Abrissabsichten der GBH. Mit juristischer Sachkunde wurden Fragen aus der Versammlung beantwortet. Kommunalpolitisch braucht Heidenheim ein familienfreundliches Mietwohngebiet mit bezahlbaren Mieten. „Klein Zürich“ eignet sich vortrefflich für eine behutsame Sanierung für junge Familien mit Kindern. „Klein Zürich“ muss für die nächste Generation als Mietwohngebiet neu belebt werden.



Klarer Fall von Abzocke

Preispolitik der Stadtwerke AG richtet sich gegen die einfachen Verbraucherhaushalte

Mit der sog. Liberalisierung des Strommarktes wurde den Privathaushalten eine anhaltende Preisreduzierung bei den Strompreisen versprochen. Die politisch und künstlich geschaffene Konkurrenz unter den Energiemonopolen war ein Schlag ins Wasser. Kräftig zugelangt haben die Gas- und Strommonopole in den letzten Jahren.

Der an den Ölpreis gekoppelte Gaspreis steht in der öffentlichen Kritik. Erdgas und Wasser wurde zum 01. Januar 2000 angehoben. Zum 01. Januar 2002 wurde der Wasserpreis erneut auf 3,62 DM je Kubikmeter erhöht. Noch im Dezember 2002 kündigte die Stadtwerke AG eine Gas- und Strompreiserhöhung zum 01. Januar 2003 an. Für Januar 2004 wurde

bereits im Dezember 03 eine weitere Strompreiserhöhung um 8,6 Prozent angekündigt.

So hat sich der Strompreis für die Haushalte von 0,1074 Ct. 2001 auf 0,14 Ct. 2004, also um rund 30 Prozent erhöht. Ein Liberalisierungsgeschenk.

Die Heidenheimer Gutwetterapostel aus dem Hause Stadtwerke AG, verkündeten im August 2004, dass mit keiner Strompreiserhöhung zu rechnen sei. Stadtwerke-Vorstand Brünner lancierte in der Tagespresse, dass der „reine“ Rohstoff Gas nicht mit Luftbeimischungen gestreckt sei. Die Botschaft an die Haushalte den Gaspreis anzuheben war aber sicherlich schon vorbereitet.

Mit Wirkung vom 01. Oktober 04

sind also die Gaspreise, wegen ihrer Preisbindung an das Erdöl, um 3,4 Prozent angehoben worden. Die auf die Stadtwerkeprodukte Strom, Gas und Wasser wechselweise aber jährliche Preiserhöhungen haben der Stadtwerke AG in 2003 einen Jahresüberschuss von 4,4 Millionen Euro beschert.

Von den Aufsichtsratsmitgliedern, die durch die Kommunalwahlen in den Aufsichtsrat der Stadtwerke AG gewählt wurden, sollte erwartet werden können, dass sie letztlich ihren Wählern verpflichtet sind. Sie sollten nicht nach der Pfeife der Konzerne tanzen. Denn die Verbraucherhaushalte sind in allen Lebenslagen die gebeutelten.



Döbeln: „Tag der Sachsen“

DKP Stadtrat Huber in der Partnerstadt

Unter dem Motto: „Doppelt gelingt besser!“ fand vom 03. bis 05.09.04 in der Partnerstadt Döbeln der „Tag der



Antifaschistische Gedenktafel beim Krematorium in Döbeln

Sachsen“ statt. Doppelt deshalb, weil 2002 das größte sächsische Fest buchstäblich ins Wasser gefallen ist. Die größte Flutkatastrophe, die Döbeln je erlebt hatte, verwandelte die Partnerstadt in eine Schlammwüste und richtete gewaltige Schäden an. Der Tag der Sachsen war ein großer Erfolg. Obwohl die Flutkatastrophe im Bewusstsein der Menschen noch tief sitzt, sind die Schäden weitgehend behoben. Döbeln zeigte sich im zweiten Anlauf von seiner besten und im wahrsten Sinne des Wortes von seiner sonnigsten Seite. DKP Stadtrat Huber nutzte die Festtage zu einem Besuch in der Partnerstadt. Eines seiner wichtigsten Anliegen war, die Kontakte zu den PDS Gemeinderäten zu festigen und auszubauen. Um den Informationsfluss zwischen den Partnerstädten zum einen

und den Parteien, der PDS und der DKP zum anderen zu verbessern wurde gegenseitig versichert, kommunalpolitische Informationen auszutauschen und sich gegenseitig über kommunale Konfliktfälle zu unterrichten. Mit Dr. Richter nahm auch ein Vertreter des Kreistags an den Gesprächen teil.

DKP Stadtrat Huber nutzte auch den Besuch zur hi-

halten wurde und ein homöopathisches „Hahnemann-Hospital“ gegründet wurde, war ein interessanter Hinweis. Gleiches gilt für die Anfangserkenntnisse, dass in den 20er Jahren ein junges KPD-Mitglied aus Döbeln längere Zeit in Heidenheim weilte und von Heidenheim aus im Nazilager Heuberg inhaftiert wurde. Es lohnt also, so Huber, mit Döbeln die Kontakte zu vertiefen.

Was nicht nur in Döbeln zum Tag der Sachsen, sondern für Sachsen allgemein erschütternd war, ist die Tatsache, dass Neonazis, die NPD, eine bedrückende Entwicklung machen. Die Tatsache, dass der gewaltige Sozialabbau, die Arbeitslosigkeit, die Perspek-



PDS -Kommunalpolitiker in Döbeln

torischen Spurensuche. Zufälligkeiten, die zwischen Döbeln und Heidenheim zutage getreten sind, müssen weiter verfolgt werden. Die Spur, so Huber, dass in Döbeln im August 1873 der erste Kongress deutscher homöopathischer Laienvereine abge-

tivlosigkeit und die Zukunftsangst insbesondere in der Jugend den Faschisten neuen Raum schafft, ist deutlich zu erkennen. Auch dieses Feld kann die partnerschaftlichen Beziehungen festigen.



Montagsdemonstration Eugen Jaekle Platz

In über 200 Städten in der BRD finden derzeit Montagsdemonstrationen statt. Tausende von Menschen sind mit der herrschenden Politik nicht einverstanden. Eine Regierung, so Stadtrat Püschel, kann auf Dauer nicht gegen die sozialen Interessen des Volkes regieren. Die Forderung der Montagsdemonstranten: „Weg mit Hartz IV“ und Rücknahme der Agenda 2010, her mit einer anderen Politik, eine höheren Besteuerung der Reichen und Vermögenden, der Banken und Konzerne. Gegen die Arbeitslosigkeit muss die Forderung nach Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich und eine Erhöhung der Massenkaukraft auf die Tagesordnung. Püschel forderte, dass die Montagsdemonstrationen eine breitere Unterstützung brauchen. Jetzt müssen auch die Beschäftigten in den Betrieben für die Proteste gewonnen werden. Arbeitslose dürfen nicht gegen die Beschäftigten ausgespielt werden.



DKP Stadtrat Püschel bei seinem Redebeitrag

Vermischtes

Über 70.000 Menschen am 2. Oktober in Berlin

Aus mehr als 90 Städten waren Demonstranten mit Bussen nach Berlin gekommen, um deutlich zu machen, dass der Widerstand gegen den Sozial-Kahlschlag von Bundesregierung und Opposition weitergeht. "Wir werden den Protest mit Kraft und Schärfe in den Herbst und das Frühjahr tragen", sagte Pedram Shahyar von Attac bei der Abschlusskundgebung auf dem Alexanderplatz. Auffällig war, dass trotz der offiziellen Zurückhaltung der Gewerkschaftsspitzen viele lokale Gewerkschaftsgliederungen an der Demonstration teilnahmen. "Auch in den Gewerkschaften gibt es die Bereitschaft, auf die Straße gehen", sagte Bernd Riexinger, Verdi-Geschäftsführer aus Stuttgart. "Wir müssen uns in die Proteste einbringen und dürfen keine Rücksichten auf Schröder nehmen."



Weg mit dem Berufsverbot für Michael Csaszkóczy

Seit Anfang 2004 wird dem Heidelberger Realschullehrer M. Csaszkóczy aus politischen Gründen die Einstellung in den Schuldienst von Ba.-Wü. verweigert. Über mehr als 12 Jahre hinweg wurde Csaszkóczy vom Verfassungsschutz überwacht. Für das Berufsverbot ausschlaggebend war seine Mitgliedschaft in der Antifaschistischen Initiative Heidelberg, von der er nicht bereit war, sich zu distanzieren. Damit wird die grundrechtswidrige Berufsverbotspraxis der BRD aus den 70er Jahren wiederbelebt.

Wir fordern die Einstellung von M. Csaszkóczy in den Schuldienst und die Abschaffung der gesetzlichen Grundlagen der Berufsverbote. Schülerinnen und Schüler, Lehrerinnen und Lehrer insbesondere von Realschulen und Gymnasien, Kolleginnen und Kollegen aus Betrieben und Verwaltungen übt Solidarität und kommt zu der Demonstration am 23.10.2004 nach Heidelberg.

Fördert Ehrenbürger Dr. Rogowski den Neofaschismus?

CHEMNITZ - Der Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI), Michael Rogowski, sieht keinen Anlass, die Wahlerfolge neofaschistischer Parteien in Deutschland „überzubewerten“. Wie der BDI-Präsident in der Ausgabe der Chemnitzer „Freien Presse“ vom 24.09.2004 erklärte, halte er hingegen die Wahlerfolge der Linken für eine viel größere Gefahr. Damit erklärt zum ersten Mal einer der einflussreichsten deutschen Wirtschaftsfunktionäre ein Wiedererstarken des Nationalsozialismus in Deutschland für nachrangig und den Kampf gegen die parlamentarische Linke zur Priorität. Er bringt damit eine politische Option ins Spiel, die die Auseinandersetzungen in der Weimarer Republik prägte und die Voraussetzungen für deren Ende im Bündnis zwischen deutschen Konservativen und Nationalsozialisten schuf. (Quelle: german-foreign-policy)

Eine schreckliche Meldung, die nicht nur Linke, sondern auch Antifaschisten, Demokraten, Humanisten, Christen, alle demokratischen Kräfte in der BRD zutiefst erschüttern muss. (Siehe Kasten)

Mit solchen Stellungnahmen fördert der BDI-Präsident die Aufmärsche der Nazis z.B. in Schwäb.Hall im März 04, in Chemnitz, wo am 25.09.04 200 gewaltbereite Personen durch ein Wohnviertel marschierten und rassistische Slogans skandierten und dem Ausland mit der Wiederkehr der Waffen SS drohten. Er fördert Aufmärsche von Nazis, wie am Tag der Einheit in Leipzig, die der Oberbürgermeister der Olympiabewerberstadt als eine Provokation für Deutschland bezeichnete und er macht denjenigen Mut, die vor Morden nicht zurückschrecken. BDI-Rogowski sollte wissen, dass in den letzten Jahren über 10.000 neofaschistische Straftaten in der BRD zu verzeichnen waren und über 120 Menschen von Neofaschisten getötet worden sind. Welche Gründe treiben den BDI und seinen Präsidenten zur Verharmlosung der Faschisten? Sind es politische und ideologische Gründe? Willi Bleicher, der IG Metall, der das KZ Buchenwald

überlebte, formulierte: „Sie vergaßen, dass der Faschismus nichts anderes ist als auch eine Regierungsform, eine Regierungsform, zu der man greift, nachdem eine andere Regierungsform, nämlich die Demokratie, nicht mehr den Profit sicherstellen kann, nachdem mit den bisherigen Herrschaftsmethoden, der Demokratie, nicht mehr zu regieren ist, dann greift man zum Faschismus, als ein Herrschaftsinstrument des Kapitalismus.

Für alle Demokraten, Pazifisten, Christen und Humanisten muss der Schwur von Buchenwald, alles zu tun, bis dass der Faschismus mit allen seinen Wurzeln ausgerottet ist, gegenwärtige Aufgabe sein.

